

Schlepperei oder nur eine Bagatelle?

Verteidiger sehen nur Bagatelldelikte, TA vom 25. 1.

Die Rede ist von Zugehörigkeit oder Sympathisantentum zu al-Qaida einerseits und Schleppen von Asylanten mit Dokumentenfälschung andererseits. Das eine hat wohl mit dem andern nicht viel zu tun. Die Anklage spricht von schweren Verbrechen, während die Pflichtverteidigung nur Bagatelldelikte erkennen will. Sollte professionelle Schlepperei vorliegen, könnte die Strafe nicht hoch genug sein. Sofern aber lediglich «Geschäftspartner nachgezogen» worden sind, könnte es sich tatsächlich nur um Bagatellen handeln. Der Leser, der die Zeitungsnotizen zur Kenntnis nehmen muss, weiss zum Sachverhalt praktisch nichts und wäre für die Erklärung der Hintergründe dankbar. Das ganze riecht nämlich einmal mehr wie eine leidige Hochstapelei unserer Bundesanwaltschaft.

HANS-CHRISTIAN MÜLLER, ZÜRICH

«Der Verkehrsrichtplan gehört entsorgt»

Zürcher Verkehrsplan: Erfolg für Bürgerliche, TA vom 31. 1.

Rezepte von gestern. Mit Vollgas zurück in die Vergangenheit: So könnte man die Verkehrspolitik der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat charakterisieren. Als gäbe es keine Klimaerwärmung, keine Feinstaubproblematik oder keine Zersiedelung der Landschaft, werden neue Autobahnen und Strassen im Verkehrsplan festgelegt und Umweltauflagen, zum Beispiel bei Einkaufszentren auf der grünen Wiese, aufgeweicht. Damit wird unser vorzügliches System des öffentlichen Verkehrs unnötig konkurrenziert und werden die Reisezeiten von der Agglomeration in die Städte drastisch verkürzt. Neue Verkehrslawinen und neue Siedlungsschübe werden ausgelöst. Und einige Zürcher Stadtquartiere – etwa Hirslanden und das Seefeld – dürfen sich auf Autobahnanschlüsse mitten im Wohngebiet freuen. Man dürfte von Politikern erwarten, dass sie sich der Zukunft nicht mit den Rezepten von gestern stellen.

HERBERT FREI, ZÜRICH
Vizepräsident Quartierverein Hirslanden



BILD BEAT MARTI

Bringt der Verkehrsrichtplan noch mehr Autoverkehr nach Zürich?

rat? Die neue Baudirektorin Ursula Gut, die bei der Ausarbeitung ebendieses Planes gar nicht beteiligt war! Mit diesem Vorgehen bestätigt der Regierungsrat, dass es wohl nicht der Weisheit letzter Schluss war, der Baudirektion die Oberaufsicht über die Regulierung des Wildsaubestandes, den Betrieb der Fischzuchtanstalten und die künstliche Besamung des Rindviehbestandes zuzuweisen,

während die mehrfach überforderte Volkswirtschaftsdirection den Gesamtverkehr managen soll. Dass der Verkehrsrichtplan nicht einmal das Prädikat der gehobenen Makulatur verdient mit diesem JeKaMi im Strassenbau (selbstverständlich auf Bundeskosten), dürfte klar sein. War schon die Vorlage der Regierung masslos übertrieben, so hat sie die bürgerliche Mehrheit noch ungeniessbarer gemacht.

Für ein Fasnachtssujet ist es leider schon zu spät. Nicht zu spät ist es für eine Quittung an den bevorstehenden Regierungsrats- und Kantonsratswahlen: wer immer noch glaubt, die Klimaerwärmung sei ein grünes Hirngespinnst, Wer immer noch glaubt, jedes Bedürfnis des Individualverkehrs sei subito zu erfüllen, stimme weiterhin bürgerlich. Vielleicht gibt es aber bald eine neue verantwortungsvolle Mehrheit, die den Verkehrsrichtplan dorthin entsorgt, wo er hingehört: in der Kehrichtverbrennungsanlage.

CHRISTOPH MAAG, ZÜRICH

Blanker Hohn. Die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats will, wider jeder Vernunft, den Kanton mit Strassen zupflastern! Dies einen Richtplan zu nennen, ist blanker Hohn. Keine dieser Strassen wird Entlastung bringen, wie dies von der Beton- und Teerfraktion behauptet wird. Dies war in der Vergangenheit so und wird auch in Zukunft nicht anders sein. Um die Verkehrsmisere zu beseitigen, müssen andere Ideen auf den Tisch (zum Beispiel Road Pricing)! Nebst dem ökologischen Desaster wird das finanzielle nicht auf sich warten lassen. Die gleichen Kreise, die bei jeder Gelegenheit die Staatsquote senken, sind hier spendabel. Die Strassen werden kaum durch den Bund subventioniert. Das Geld wird vom Kanton kommen müssen. Der Strassenfonds wird dann kaum mehr reichen, diese irrsinnigen Träume zu realisieren – und neue Einnahmen für den Staat werden durch die bürgerlichen Politiker stramm verhindert.

URS DIETSCHI, WEISSLINGEN

Tages-Anzeiger

Zürcher Anzeiger, Stadt-Anzeiger
www.tagesanzeiger.ch
HERAUSGEBERIN
Tamedia AG
(vorm. Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG)
Werdstrasse 21, 8004 Zürich
Verleger: Hans Heinrich Coninx
REDAKTIONSLEITUNG
Chefredaktor: Peter Hartmeier (pha)
Stellvertretende Chefredaktoren:
Daniela Decurtins (dan), Roland Schlumpf (sc)
Nachrichtenchefs:
Hanspeter Bärigin (gin), Rita Flubacher (rf)
Chef vom Dienst:
Roland Schlumpf (sc, ad interim)
Ressortleiter:
Schweiz: Iwan Städler (is)
Ausland: Luciano Ferrari (lf)
Zürich und Region: Edgar Schuler (ese)
Regionalausgaben: Heinz Girschweiler (hgi)
Wirtschaft: Stefan Eiselin (se)
Sport TA/SZ: Fredy Wettstein (fw)
Kultur: Guido Kalberer (kal)
Leben: Ulrike Hark (uh)
Reporter: René Staubli (res)
Online: Sandra Manca (sam)
Magazin: Res Strehle (rs)

Produktionsleitung:
Peter Huwiler, Urs Christen (Stv.)
Tel. Redaktion 044 248 44 11
VERLAG
Verlagsleiter: Rolf Bollmann
Leiter Werbemarkt: Sandro Rüegger
Leiter Werbemarkt national: Andy Bürki
Leiter Regionalmarkt Zeitungen Zürich:
Stephan Gartenmann
Geschäftsstellen: Hauptgeschäft Werdstrasse 21
Filialen: Poststrasse 10, Paradeplatz;
Oerlikon, Edisonstrasse 5
Deutschschweiz: Tel. 044 248 41 11
Westschweiz: Tel. 022 839 60 00
Inserate: Preise gemäss Anzeigenpreisliste vom 1. 1. 2007
Abonnenten-Service: Werdstrasse 21, 8021 Zürich,
Mo-Fr 07.30-12.15 und 13.15-17.00 Uhr; Tel. 044 404 64 64,
Sa/So 08.00-12.00 Uhr; Tel. 0800 80 80 15 (gratis),
Fax 044 404 69 04.
Umleitungen und Unterbrüche Fr. 7.- Bearbeitungsgebühr,
kostenlos auf www.tagesanzeiger.ch/abo.
Unterbrüche werden ab dem 1. Tag vergütet.
Fernausgabe: Tel. 044 404 64 44, Fax 044 404 69 05.
Abonnementspreise inkl. «Das Magazin»,
«Züritipp» und «TVtäglich» für je 3/6/12 Monate:
Fr. 109.-/198.-/348.- (inkl. MwSt.)

Technische Herstellung
Tamedia AG Druckzentrum, Zürich
Wir drucken auf Recycling-Papier.
OMBUDSMANN DER TAMEDIA AG
Arthur Liener, Postfach, 3000 Bern 13
Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen i. S. v. Art. 322
StGB: 20 Minuten AG (100%), Belcom AG (100%), Berner
Zeitung AG (49%), homegate AG (14,5%), Huber & Co.
Aktiengesellschaft (100%), Medag AG für Medienarbeit
(100%), Huber PrintPack AG (80%), Partner Winner AG
(100%), Piazza AG (100%), Presse Publicité Rep. SA (100%),
Radio 24 AG (100%), Radio Basilisk Betriebs AG (100%), Tag-
blatt der Stadt Zürich AG (60%), Thurgauer Medien AG
(100%), Uster Nachrichten AG (100%), Verlag Finanz und
Wirtschaft AG (100%), Verlags-AG Sonntags Zeitung (85%),
Zeitungs-Verlag AG Hinterthurgau (100%), ZUVO Zustell-
und Vertriebsorganisation AG (50%).

«Die in dieser Zeitung publizierten Inserate dürfen von Dritten
weder ganz noch teilweise kopiert, bearbeitet oder sonstwie
verwertet werden. Ausgeschlossen ist insbesondere auch eine
Einspeisung auf Online-Dienste, unabhängig davon, ob die
Inserate zu diesem Zweck bearbeitet werden oder nicht. Der
Verleger und die Inserenten untersagen ausdrücklich die
Übernahme auf Online-Dienste durch Dritte. Jeder Verstoß
gegen dieses Verbot wird vom Verlag rechtlich verfolgt.»

Gehobene Makulatur. Wenig elegant und mit lang andauerndem, stummem Kopfnicken des Regierungsrates hat Volkswirtschaftsdirektorin Rita Führer vor weniger als Jahresfrist der damaligen Baudirektorin Dorothee Fierz die Filetstücke des Tiefbauamtes mit der Begründung entrisen, die Gesamtverkehrsplanung müsse aus einer Hand erfolgen. Nun liegt das erste Gesellenstück aus dieser Werkstatt vor: der Verkehrsrichtplan. Und wer vertritt ihn vor dem Kantons-

Debatte um linke Grüne greift zu kurz

Grüner Zulauf aus der Mitte – trotz linkem Programm, TA vom 27. 1.

Immer wieder wird versucht, die Grünen in die linke Ecke zu stellen. Das ist mir recht, wenn mit «links» Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Pazifismus verstanden wird. Leider wird «links» aber oft auch mit «mehr Staat» und vor allem «Wirtschaftsfeindlichkeit» verbunden, und diese Beschreibung trifft für die Grünen nicht zu. Denn Umweltschutz und wirtschaftlicher Erfolg sind keine Gegensätze. So würde von einer ökologischen Steuerreform nicht nur die Umwelt, sondern auf Grund der Senkung der Lohnnebenkosten auch der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft profitieren. Die Förderung von Umwelttechnologien würde die Schweizer Wirtschaft auf die Märkte des 21. Jahrhunderts vorbereiten. Würde bei der Raumplanung auf die vielen direkten und indirekten Subventionen für eine flächendeckende Urbanisierung verzichtet und würden statt des Siedlungsbreis die Metropolitanräume gestärkt, könnte auch die Wirtschaft profitieren, während die ländliche Landschaft geschont würde. Auch sind die Grünen staatskritischer als die SP, welche in vielen

Städten den Staat sozusagen repräsentiert. Denn zur Erreichung der grünen Ziele braucht es nicht zwingend mehr oder weniger Staat, sondern Reformen, welche die Rahmenbedingungen zu Gunsten einer sozial- und umweltverträglichen Entwicklung korrigieren.

BASTIEN GIROD, ZÜRICH
Gemeinderat Junge Grüne

Die Debatte um die vermeintliche Linksradikalität der Grünen greift zu kurz. Es geht dabei unter, dass sich zentrale grüne Themen der Links-rechts-Skala entziehen. So etwa ist das Entstehen für die nachhaltige Entwicklung nicht eine linksradikale Haltung, sondern die gradlinige Umsetzung eines Verfassungsauftrags. Dass wir Grünen dabei für einen konsequenten Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Interessen eintreten, grenzt uns von pseudoliberalen und letztlich eben nicht konsensfähigen Kräften ab. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Die 2000-Watt-Gesellschaft, also das Ziel, unseren Ressourcenverbrauch auf ein global verträgliches Mass zu bringen, ist keine linke Erfindung, sondern eine der ETH und steht mittlerweile in den Programmen verschiedener Exekutiven. Wir Grünen sind einfach etwas standhafter, wenn es an deren Umsetzung geht.

MARKUS KUNZ, ZÜRICH

Für Forschung bleibt weniger Zeit

21 Milliarden für die Bildung, TA vom 25. Januar

Dass der Forschung mit dem zusätzlichen Geldsegen mehr Ressourcen zur Verfügung stehen sollen, ist ja ganz toll. Die Forscher und Forscherinnen können also in der Zeit, die ihnen neben der Lehre bleibt, mehr Gesuche schreiben, mehr Gesuche beurteilen, mehr Zwischenberichte schreiben. Für die Forschung selbst bleibt jedoch immer weniger Zeit. Die Forschenden sind nämlich in den allermeisten Fällen auch Lehrende an den Universitäten. Als solche haben sie mit den zunehmenden Studierendenzahlen – worauf der «Tages-Anzeiger» hinweist – auch mehr Betreuungsaufgaben. Die Umstellung auf das Bologna-Modell hat aber noch viel weiter gehende Konsequenzen, die den Zusatzaufwand für die steigenden Studierenden um ein Mehrfaches übersteigt. Die universitären Kurse müssen benotet werden (jeweils rekursfähig). Diese Prüfungen müssen zudem in

der vorlesungsfreien Zeit stattfinden. Statt dass die Lehrenden und Forschenden in den Semesterferien die Zeit wie bisher für die Forschung nutzen können, müssen sie in den ersten Wochen der vorlesungsfreien Zeit zusätzliche Lektionen für die Prüfung reservieren und vorbereiten, die Prüfungen korrigieren, benoten und, für den Fall, dass der Dozierende das didaktisch als sinnvoll erachten sollte, auch besprechen. All diese zusätzlichen Aufwendungen gehen von der Forschungszeit weg. Wenn die Lehrenden keine Forschung mehr betreiben können, dann verliert die Bildung an den Universitäten die Aktualität, die nötig ist, um Studierende für gute Forschung und auch Praxis vorzubereiten. Die universitäre Bildung bei der Verteilung des Bildungs- und Forschungskredits aussen vor zu lassen, kann sich da bald als Bumerang erweisen.

BEAT SIEBENHAAR, AARAU
PD Institut für Germanistik, Uni Bern

Bundesgericht versagt kläglich

Raser von Muri hat Tote und Verletzte nicht einfach in Kauf genommen, TA vom 31. 1.

Da wird des Langen und Breiten über härteres Vorgehen gegen Raser lamentiert, und genau dasjenige Gremium, welches federführend beim Strafmass und bei der Auslegung unserer bestehenden Gesetze

Zeichen setzen könnte, versagt kläglich! Auf diese Weise nützen Tausende von zusätzlichen Paragraphen nichts. Liebe Bundesrichter – arbeitet einfach endlich mit dem Bestehenden – aber dafür mit ein wenig gesundem Menschenverstand.

BRUNO GEIGER, LUZERN

ANZEIGE

Sonderverkauf



LEDER PARK
of Switzerland

Ihr kompetenter Schweizer Spezialist für Lederpolstermöbel.

8003 Zürich-Wiedikon
LEDER PARK • Weststrasse 70
Telefon 044 451 45 00
www.lederpark.com • lederpark@bluewin.ch

Öffnungszeiten:
Mo.-Fr. 9.00–18.30 Uhr
Sa. 9.00–16.00 Uhr

Verlangen Sie unseren Gratis-Katalog.

Weitere Standorte in:
Füllinsdorf / BL • Contone / TI